

Fragen des
Landesverbandes Berlin des Deutschen Richterbundes
an die Vertreter der Parteien anlässlich der Wahl zum Abgeordnetenhaus im
September 2011

1. Welche konkreten Vorschläge haben Sie für die nächsten fünf Jahre zur Stärkung der Justiz in Berlin?

Die CDU will einen effektiven Rechtsstaat gewährleisten. Daher werden wir prüfen, welche richterlichen Aufgaben auch durch andere Stellen wahrgenommen werden können, um so die Gerichte zu entlasten. So könnte z.B. der Richtervorbehalt in § 81a StPO bei Blutentnahmen nach Alkoholfahrten entfallen. Wir stehen diesbezüglich im Austausch mit den CDU-Rechtspolitikern des Deutschen Bundestages.

Zur Entlastung der Sozialgerichte schlagen wir vor, zunächst Richter aus der Sozialgerichtsbarkeit zeitweilig in die Jobcenter abzuordnen, um die dortigen Mitarbeiter zu schulen. Dies scheint uns sachgerecht zu sein, da die Fehlerquote von „Hartz-IV-Bescheiden“ offenbar sehr hoch ist und hierdurch eine Anzahl im Kern unnötiger und für alle Beteiligten nicht hilfreicher Sozialgerichtsprozesse produziert werden. Von der vorgeschlagenen Maßnahme versprechen wir uns einen Wissenstransfer, der die Probleme an der Wurzel bekämpfen hilft.

Auch ist die Personalbedarfsberechnung nach Pebbßy kritisch zu hinterfragen. Personalplanung soll sich an realistischen Vorgaben orientieren können und nicht an Akkord-Vorgaben.

Jede Maßnahme im Bereich der Justiz muss sich an dem Maßstab orientieren, dass Justiz Kernaufgabe des Staates ist und von daher nicht beliebig mit Kürzungsvorstellungen überzogen werden kann.

2. Die Berliner Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte werden deutlich schlechter besoldet als die Kollegen in allen anderen Bundesländern (vgl. www.richterbesoldung.de). Wie stehen Sie dazu? Welche Änderungen planen Sie?

Die CDU setzt sich für eine Angleichung der Besoldung von Richtern, Staatsanwälten und Beamten an den Bundesdurchschnitt bis spätestens 2017 ein, da wir davon überzeugt sind, dass das Land Berlin zwar jetzt mit einer sofortigen Angleichung finanziell überfordert wäre, die Berliner Richter, Staatsanwälte und Beamte aber eine verbindliche Perspektive verdienen.

Berlin steht mit den anderen Bundesländern und dem Bund im Wettbewerb um die besten Köpfe. Der Berliner öffentliche Dienst muss daher mittelfristig wieder konkurrenzfähig werden. Auch leisten die Angehörigen des öffentlichen Dienstes in Berlin eine genauso gute Arbeit wie ihre Kollegen im Bund oder den anderen Bundesländern.

3. Welche Verbesserungen planen Sie für die Ausstattung der Richter-/Staatsanwaltsarbeitsplätze?

Die bei der Ausstattung der Richter- und Staatsanwaltsarbeitsplätze erforderlichen Modifizierungen sind je nach Ausstattung des Arbeitsplatzes so unterschiedlich, dass eine kurze Antwort hier nicht möglich ist. Unser Ziel ist es aber z.B., dass in Zukunft bauliche Maßnahmen nicht nur wie jetzt am grünen Tisch geplant werden, sondern dass die Betroffenen in die Planungen mit einbezogen werden. Dies kann helfen, Kosten zu sparen und bedarfsgerecht zu bauen.

4. Wie sehen Sie die Stellensituation der Berliner Gerichte und die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs bei nicht mehr amtsangemessener Besoldung?

Nach Auskunft der Justizsenatorin ist die Stellensituation beispielsweise bei dem richterlichen Personal des Landgerichts Berlin mehr als ausreichend. Daran zweifeln wir und haben dies auch in der Vergangenheit in verschiedenen Besprechungen im Rechtsausschuss des Abgeordnetenhauses zum Ausdruck gebracht. Eine Ursache wird wohl auch das Verfahren der Personalbedarfberechnung sein (vgl. Antwort zu Frage 1). Dies wird kritisch zu hinterfragen sein.

Auch wird das Augenmerk auf die Situation des nichtrichterlichen Personals zu legen sein, um zu ermitteln, ob auch hier nachzusteuern ist, um beispielsweise unnötige Verfahrensverzögerungen zu vermeiden.

5. Welche Arbeitsanreize / Beförderungsmöglichkeiten planen Sie?

6. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie zum Erhalt der hohen Motivation der Berliner Richter und Staatsanwälte?

Neben der in der Antwort zu Frage 2 dargelegten angestrebten Besoldungsanpassung an den Bundesdurchschnitt in spätestens sechs Jahren, ist Richtern und Staatsanwälten – wie dem gesamten öffentlichen Dienst – auch die Anerkennung von Seiten der Politik zukommen zu lassen, die jeder, der auch für das Gemeinwohl tätig ist, verdient hat. Undifferenzierte Richterschelte eines SPD-Innensenators ist dabei genauso zu verurteilen wie die speziellen Ansichten eines sich heute als Buchautor betätigendem ehemaligen SPD-Finanzsenators, der „bleich und übel riechende“ Beamte herumlaufen sah.

Zudem hat die Rot-Rote Koalition beispielsweise bei der Neuregelung des Richterrechts die Chance vertan, durch die Schaffung von Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten Richtern und Staatsanwälten Vertrauen und Anerkennung entgegen zu bringen.

7. Wie sehen Sie die Qualität der Berliner Gerichte?

Die Berliner Justiz hat nach wie vor - auch bei uns - einen guten Ruf, was nach jahrelangem Kleinsparen durch den Rot-Roten Senat nur mit dem besonderen Engagement der meisten Richter und Staatsanwälte unter immer schwierigeren Bedingungen zu erklären ist.

Da Justiz kein Selbstzweck ist, sondern dem Bürger zu dienen hat, werden wir gemeinsam – Politik und Richter sowie Staatsanwälte – nach Wegen suchen

müssen, z.B. die Verfahrenslaufzeiten weiter zu verkürzen, ohne dabei rechtsstaatliche Standards zu gefährden.

8. Planen Sie Änderungen bei der derzeitigen Struktur der Gerichtslandschaft? Wie stehen Sie zu Zusammenlegungen von Gerichten bzw. zur möglichen Aufspaltung des Landgerichts?

Derart wichtige Fragen können nur auf ordentlicher Tatsachengrundlage und nach Anhörung der Betroffenen angemessen beantwortet werden. Bisher fehlt es an belastbaren Informationen von Seiten der Senatsverwaltung für Justiz, so dass die Antwort nur abstrakt ausfallen kann:

Jede geplante Strukturmaßnahme muss den Beweis antreten, zu einem besseren Ergebnis zu führen als der status quo, sofern sich dieser bewährt hat. Dies kann bei der Zusammenlegung kleiner Einheiten durch die Erzielung von Synergieeffekten der Fall sein. Diese wiederum können Einsparpotenziale ergeben, die zu mehr gestalterischen Freiräumen an anderen Stellen führen können.

9. Welche konkreten Vorschläge haben Sie, um die schwersten Mängel des Entwurfs des Berliner Richtergesetz zu beheben?

Das verabschiedete Richtergesetz ist nicht die vorgesehene Angleichung des Richterrechts in Berlin und Brandenburg, sondern die Neuregelung Berliner Richterrechts und hat damit schon den Gesetzeszweck verfehlt.

Das Gesetz ist unseres Erachtens handwerklich so schlecht gemacht, dass es einer kompletten Neufassung bedürfte. Als schweren Mangel sehen wir z.B. an, dass in Folge der neuen Zusammensetzung des Richterwahlausschusses eine der Unabhängigkeit der Richterschaft nicht dienende Politisierung droht, weil die Abstimmungen im Richterwahlausschuss in Zukunft von einer politischen Mehrheit dominiert werden. Im Ergebnis wird der bisherige breite politische Konsens bei der Richterwahl aufgekündigt.

Das Gesetz ist aufgrund seiner mangelhaften Regelungen zur Teilzeitbeschäftigung familienfeindlich und darüber hinaus auch mitbestimmungsfeindlich. Gerade im Bereich der Teilzeitbeschäftigung müssten Änderungen vorgenommen werden.

Kritisch sehen wir auch, dass beim Richtereid das Regel-Ausnahmeverhältnis bei der religiösen Beteuerung geändert wurde. Dies ist rückgängig zu machen.

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat das Gesetz abgelehnt, weil es entweder nichts Neues bringt oder das Neue, das es bringt, zumindest nicht besser ist als die bisherige Rechtslage.

10. Was wollten Sie den Berliner Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten immer schon einmal sagen?

Auch Sie haben als Bürgerinnen und Bürger die Wahl und zwar am 18. September 2011. Wenn Sie mit ihrer beruflichen Situation unzufrieden sind, denken Sie bitte am Wahltag daran, wer mit Ausnahme weniger Jahre seit Jahrzehnten (!!!) die (partei-) politische Verantwortung für das Justizressort trägt und von daher auch im Wesentlichen für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich zu machen ist.